

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2017

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	3
B 136. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 30. März – 5. April 2017 in Dhaka/Bangladesch	4
C 137. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 12. – 18. Oktober 2017 in St. Petersburg/Russland	4
1. Eröffnungsfeier.....	4
2. Teilnahme	5
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	5
4. Hauptthema der Versammlung: <i>Promoting cultural pluralism and peace through interfaith and inter-ethnic dialogue</i>	6
5. Standing Committee on Peace and International Security.....	7
6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade.....	8
7. Standing Committee on Democracy and Human Rights.....	8
D 197. Sitzung des Interparlamentarischen Rates	8
1. Wahl einer neuen IPU-Präsidentin.....	9
2. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union.....	9
3. Die finanzielle Lage der IPU.....	9
4. Budget für das Jahr 2018.....	9
E Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	10
F Schlusswort	10

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveränen Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 178 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtenstein für das Jahr 2017 ca. CHF 11'800).

Das **Sekretariat der IPU**, mit Sitz in Genf, ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordneter Johannes Hasler (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Jürgen Beck (stv. Delegationsmitglied)
- Stv. Landtagsabgeordneter Wolfgang Marxer (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (Delegationssekretärin)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 30. März – 5. April in Dhaka/Bangladesch, die zweite vom 12. – 18. Oktober in St. Petersburg/Russland. An der ersten Sitzung konnte die Delegation aufgrund der Landtagswahlen nicht teilnehmen, an der zweiten Sitzung war die Delegation inkl. Delegationssekretärin vertreten.

Kostenaufwand der Delegation im Jahr 2017

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 16'545.--.

B 136. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 30. März – 5. April 2017 in Dhaka/Bangladesch

Da sich die 136. Versammlung der Interparlamentarischen Union mit den Landtagswahlen zeitlich überschneiden hat, konnte die Delegation nicht an dieser Versammlung teilnehmen.

C 137. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 12. – 18. Oktober 2017 in St. Petersburg/Russland

1. Eröffnungsfeier

Die offizielle Eröffnungsfeier der 137. Versammlung der Interparlamentarischen Union fand am Samstag, 14. Oktober 2017 im Expo-Forum in St. Petersburg in Anwesenheit des russischen Präsidenten Vladimir Putin statt. Dieser zeigte sich in seiner Begrüssungsansprache geehrt darüber, dass Russland Gastgeber der 137. IPU-Versammlung sein könne. Er wies auf die Bedeutung der Durchführung dieser Konferenz in St. Petersburg hin, da hier das erste russische Parlament – die Staatsduma – gegründet und die grundlegenden Gesetzgebungsprozesse und parlamentarischen Gepflogenheiten entstanden seien. Weiter richteten Herr Saber Hosain Chwodhury, Präsident der IPU, Frau Valentina Matvienko, Vorsitzende des russischen Föderationsrats, Herr Vyacheslav Volodin, Vorsitzender der Staatsduma sowie Herr Yury Fedetov, Generaldirektor der UNO in Wien Grussworte an die Anwesenden.

2. Teilnahme

An der Versammlung nahmen Parlamentsdelegationen aus 155 Ländern und Vertreter der Anwarterstaaten Vanuatu, Saint Lucia und der Marshall Islands sowie mehrere Partnerorganisationen teil. Von den 1'885 teilnehmenden Delegierten waren 833 Mitglieder eines nationalen Parlaments. Hiervon betrug der Frauenanteil 30%. Liechtenstein war durch die Abgeordneten Mario Wohlwend (Delegationsleiter) und Johannes Hasler (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende acht Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *The involvement and active commitment of parliaments in maintaining international security and peace through support for a political solution*, vorgeschlagen von Dschibuti
- *The role of the Inter-Parliamentary Union in addressing the breakdown of the constitutional order and the disregard for the National Assembly in Venezuela*, vorgeschlagen von Venezuela
- *Promoting spaces for the establishment of a global compact for safe, orderly and regular migration*, vorgeschlagen von Bolivien
- *The role of parliaments in countering the growing threat of terrorism*, vorgeschlagen von Indien
- *Threats to peace and international security arising from nuclear tests conducted by the Democratic People's Republic of Korea (DPRK)*, vorgeschlagen von Mexiko und Japan
- *Ending the grave human crisis, persecution and violent attacks on the Rohingya as a threat to international peace and security and ensuring their unconditional and safe return to their homeland in Myanmar*, vorgeschlagen von Marokko, Indonesien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bangladesch, Kuwait, Iran, Sudan und der Türkei
- *The Inter-Parliamentary Union supports the Parliament of the Bolivarian Republic of Venezuela, threatened in its functions, powers and existence*, vorgeschlagen von Chile
- *Humanitarian situation in Rakhine State*, vorgeschlagen von Myanmar

Die Delegationen von Bolivien, Venezuela, Chile, Dschibuti und Indien zogen ihre Vorschläge noch vor der Wahl zurück. Aus den verbliebenen Vorschlägen wählte die Versammlung schlussendlich das Thema bez. der humanitären Krise der Rohingyas, welches somit in die Traktandenliste aufgenommen wurde.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Ending the grave human crisis, persecution and violent attacks on the Rohingya as a threat to international peace and security and ensuring their unconditional and safe return to their homeland in Myanmar

Einige der zwölf Redner, die das Wort zu diesem Thema ergriffen, nahmen Bezug auf Berichte über die alarmierende Situation von hunderttausenden Rohingyas, die seit August 2017 nach Bangladesch geflüchtet sind, sowie über zehntausende Menschen, die zurückblieben und innerhalb von Myanmar vertrieben wurden und nun ohne jegliche humanitäre Hilfe auskommen müssten. Viele Delegierte kritisierten diese Gewaltakte aufs schärfste und forderten die Regierung von Myanmar auf, die Menschenrechte zu respektieren und humanitären Organisationen den Zugang zu den notleidenden Menschen zu ermöglichen. Andere wiesen auf die aktuell stattfindende ethnische Säuberung hin. Viele der betroffenen Personen seien staatenlos und würden daher ihrer Grundrechte beraubt. Sie wiesen auf die Notwendigkeit der sofortigen Hilfe durch die internationale Gemeinschaft hin, um die Situation dieser Menschen umgehend zu verbessern. Viele Redner betonten die Notwendigkeit, so bald als möglich die Voraussetzungen für eine sichere Rückkehr der Rohingyas in ihre Heimat zu schaffen.

Am Ende der Diskussion wurde ein Ausschuss zur Ausarbeitung einer Resolution bestellt. Diese wurde am 17. Oktober 2017 von der Versammlung genehmigt (mit Vorbehalten von Myanmar und China).

[siehe Beilage]

4. Hauptthema der Versammlung: Promoting cultural pluralism and peace through interfaith and inter-ethnic dialogue

Frau Valentina Matvienko stellte das Hauptthema der Generaldebatte in ihrer Funktion als Präsidentin der 137. IPU-Versammlung vor. Sie unterstrich, dass die Verflechtung von universellen demokratischen Prinzipien mit einzigartigen kulturellen Traditionen die Basis für eine gute und produktive internationale Zusammenarbeit sein könnten. Weiter führte sie aus, dass ihrer Meinung nach der religions- und kulturübergreifende Dialog enorm wichtig sei, um Konflikte zu vermeiden.

Frau N. Al Kharoosi aus Oman, zweite Vizepräsidentin des Büros Women Parliamentarians, die Frau M. Mensah-Williams aus Namibia, Präsidentin des Büros, vertrat, betonte in ihrer Rede, dass es in dieser Debatte auch um Geschlechtergleichheit gehen müsse. Alle ethnischen und religiösen Gruppierungen müssten diesen Grundsatz vertreten. Sie legte den Delegierten ans Herz, diese Thematik ins Zentrum ihrer Friedensbemühungen zu stellen, da die Rechte und Einbindung der Frauen Voraussetzung sei für jede Form des erfolgreichen Dialogs.

Frau M. Osoru aus Uganda, Präsidentin des Boards of the Forum of Young Parliamentarians, unterstrich, dass Dialog, Toleranz, Empathie, Wissen und Gleichheit wichtige Instrumente für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Kulturen seien. Vor allem junge Menschen seien durch die heutigen sozialen Medien gefährdet, durch

extremistische Propaganda verunsichert und radikalisiert zu werden. Sie bat die anwesenden Parlamentarier, diesem Risiko spezielle Aufmerksamkeit zu schenken.

Frau R. Izsák-Ndiaye, ehemalige UN-Spezialberichterstatterin über Minderheiten-Angelegenheiten und Mitglied des UN-Komitees zur Eliminierung von Rassendiskriminierung, wies der IPU-Versammlung eine wichtige Rolle in dieser Debatte zu. Sie betonte, dass die Hindernisse zur Schaffung funktionierender vielfältiger Gesellschaften und einer kulturellen Vielfalt nicht rechtlicher oder intellektueller Natur seien, sondern persönlich und politisch. Sie forderte alle Parlamentarier auf, das Thema der Toleranz und des Miteinbezugs aller Minderheiten zu entpolitisieren sowie Gleichheit und Menschenwürde zusammen mit dem Recht auf Identität für alle Mitglieder einer Gesellschaft zu garantieren.

Seine Heiligkeit der Patriarch Kirill von Moskau und ganz Russland, Vorsitzender des Rates der unabhängigen interreligiösen Staaten, unterstrich die Notwendigkeit, einen „moralischen Kompass“ für die heutige Welt zu finden und das Rechtssystem auf ethischer Basis zu begründen. Dieser moralische Kompass könne nur aufgrund gemeinsamer Werte bestehen, die nicht für ideologische oder politische Zwecke missbraucht werden könnten. Misstrauen und Radikalismus könnten nur durch interreligiösen Dialog überwunden werden. Er ermutigte die Parlamentarier, sich ihrer Verpflichtung bewusst zu sein und das Ziel einer friedlichen und gerechten Gesellschaft weiterzuerfolgen.

Herr A. Othman Altwaijri, Generaldirektor der Islamischen Bildungs-, Wissenschafts- und Kultur-Organisation, wies nochmals auf die Wichtigkeit des interkulturellen Dialogs zum gegenseitigen Verständnis hin. Er betonte auch die Notwendigkeit einer neuen Weltordnung basierend auf Respekt für kulturelle und religiöse Vielfalt, Gerechtigkeit und Gleichheit, um der gegenwärtigen Situation von Gewalt, Extremismus und Ausbeutung etwas entgegenzusetzen.

Insgesamt meldeten sich 124 Redner zu Wort. Die Kernaussagen der Debatte sowie die daraus resultierenden Empfehlungen wurden in einer entsprechenden Deklaration festgehalten.

[siehe Beilage]

5. Standing Committee on Peace and International Security

Das Komitee tagte insgesamt zweimal, den Vorsitz hatte jeweils die Präsidentin, Frau L. Rojas aus Mexiko, inne. An der Sitzung vom 17. Oktober wurden zwei Themen diskutiert: „*The role of parliament in monitoring the action of national armed forces participating in UN peacekeeping operations*“ und „*The implementation of a previous resolution on cyber warfare*“. Am 18. Oktober wurde ein Hearing zum Thema „*Sustaining peace as a vehicle for achieving sustainable development*“ abgehalten, zu dem sich verschiedene Experten äusserten. Dies ist der Titel einer Resolution, die an der 138. IPU-Versammlung in Genf verabschiedet werden soll.

6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade

Das Komitee hielt seine zwei Sitzungen am 16. und 17. Oktober ab, Vorsitz hatte der Vizepräsident Herr A. Cissé aus Mali. Unter anderem wurde der Entwurf des Ergebnisberichtes diskutiert, der an der Parlamentssitzung an der UN-Klimakonferenz in Bonn am 12. November 2017 behandelt werden soll. Die Konferenz der Parlamentarier wird von der IPU in Zusammenarbeit mit den Parlamenten von Fiji und Deutschland organisiert werden. Eine Berichterstatterin der Parlamentskonferenz, Frau B. Höhn aus Deutschland, stellte das Papier vor, und Herr J. Usamate aus Fiji erläuterte, was für eine Bedeutung das Dokument für sein Land hat. Das Feedback des Komitees soll noch eingearbeitet und dann an der Parlamentarierkonferenz in Bonn vorgestellt werden. Weiter stellte Frau A. Averchenkova von der London School of Economics eine Studie mit dem Thema „*Global trends in climate change legislation and litigation*“ vor.

Das Komitee diskutierte auch das Thema der nächsten Resolution: „*Engaging the private sector in implementing the SDGs, especially on renewable energy*“. Dieses wurde von verschiedenen Fachexperten vorgestellt.

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights

Der Ausschuss hielt insgesamt 3 Sitzungen ab, den Vorsitz hatte jeweils die Präsidentin, Frau B. Tshireletso aus Botswana, inne. Das Komitee behandelte u.a. einen Resolutionsentwurf mit dem Titel „*Sharing our diversity: 20th anniversary of the Universal Declaration on Democracy*“. 15 Parlamente stellten insgesamt 90 Änderungsanträge (sowie 3 das Forum of Women Parliamentarians), welche in die Resolution eingearbeitet wurden. Diese wurde daraufhin an der letzten Sitzung genehmigt und von der IPU-Versammlung am 18. Oktober einstimmig verabschiedet.

Es wurden zudem Themen für das weitere Arbeitsprogramm des Ausschusses diskutiert. Mittels einer Abstimmung entschied sich das Komitee für den folgenden Vorschlag, eingebracht von Marokko: „*Strengthening inter-parliamentary cooperation on migration and migration governance in view of the adoption of the global compact for safe, orderly and regular migration*“. Eine vorbereitende Debatte soll an der 138. IPU-Versammlung stattfinden. An der 139. Sitzung im Oktober 2018 soll die Resolution dann verabschiedet werden.

D 201. Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt.]

1. Wahl einer neuen IPU-Präsidentin

An seiner Sitzung vom 18. Oktober hat der Interparlamentarische Rat mittels einer geheimen Abstimmung Frau Gabriela Cuevas Barron aus Mexiko für die Dauer von drei Jahren als neue Präsidentin der IPU gewählt. Einzige Gegenkandidatin war Frau Ivonne Passada aus Uruguay.

2. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union

An seiner Sitzung vom 15. Oktober genehmigte der Rat die Aufnahmegesuche der Parlamente von Turkmenistan, Usbekistan und Vanuatu. Ausserdem wurde den Marshallinseln und Saint Lucia am 18. Oktober die Aufnahme zugesichert, sodass die IPU nun 178 Mitgliedsstaaten zählt.

3. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat lag ein umfassender Bericht über die finanzielle Lage der IPU per 31.7.2017 sowie eine Liste der unbezahlten Mitgliederbeiträge vor. Ein Mitglied (Jemen) hat den Beitrag schon seit zwei Jahren nicht beglichen und muss mit Wahlsanktionen rechnen. Bei zwei Mitgliedern (Gambia und Honduras) besteht der Ausstand schon seit drei oder mehr Jahren, d.h. diesen droht ein Ausschluss aus der Organisation. Allerdings empfiehlt das Exekutiv-Komitee, von einem Ausschluss noch abzusehen, da Bemühungen im Gang seien, um die ausstehenden Beträge baldmöglichst zu begleichen. Die Ein- bzw. Ausgaben des ersten Halbjahres lagen ansonsten im Rahmen der Erwartungen.

4. Budget für das Jahr 2018

Das Budget für das Jahr 2018 liegt dem Rat vor. Herr R. del Picchia, Vorsitzender des Finanz-Subkomitees, erläuterte im Auftrag des Exekutiv-Komitees, dass der vorliegende Budget-Entwurf exakt die Finanzplanung gemäss der IPU-Strategie widerspiegle. Dieser sei unter der Aufsicht des Finanz-Subkomitees und den höchsten Transparenzstandards entstanden. Er hob hervor, dass nach vielen Jahren des Rückgangs von Mitgliederbeiträgen (2012 – 2016) nun eine Zunahme von 2% zu verzeichnen sei. Er betonte, dass das Budget ausgeglichen sei und keine Rücklagen in Anspruch genommen werden müssten.

Der Generalsekretär informierte den Rat über die Bemühungen, Spenden von externen Quellen zu erhalten. Verschiedene längerfristige finanzielle Vereinbarungen müssten bald erneuert werden. Diese seien wichtig, um gewisse IPU-Programme finanzieren zu können. Der Rat genehmigte schlussendlich das Budget für das Jahr 2018 in der Höhe von CHF 15'871'200. Der für Liechtenstein budgetierte Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf CHF 11'500 (im Vorjahr CHF 11'200).

Alle verabschiedeten Resolutionen der 137. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.ipu.org/conf-e/137/results.pdf>

E Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

In den drei Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus (14., 16. und 18. Oktober) wurden vorab nachstehende Traktanden behandelt:

- a) Berichte verschiedener Arbeitsgruppen
- b) Wahl der neuen IPU-Präsidentin
- c) Wahlen in verschiedene Gremien
- d) Dringliches Nachtragstraktandum (siehe Punkt 3)
- e) Aktuelle finanzielle Situation der Gruppe der Zwölf Plus
- f) Neues Logo

F Schlusswort

Die neue Delegation nutzte die Gelegenheit, mit Parlamentariern aus verschiedenen Ländern, vor allem aus der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, ins Gespräch zu kommen und Kontakte zu knüpfen. Bedanken möchte ich mich beim schweizerischen Generalkonsul in St. Petersburg, Herrn Roger M. Kull, für die Einladung zum Botschaftsempfang. Er bot uns die Gelegenheit, uns sowohl mit der schweizerischen IPU-Delegation als auch mit anderen zahlreichen Gästen auszutauschen.

Es ist mir ein Anliegen, mich beim Delegationskollegen Johannes Hasler und der Delegationssekretärin Gabriele Wachter für die angenehme und gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Der Delegationsleiter

Mario Wohlwend

Vaduz, im Februar 2018